



## Milliardenbetrüger und «Steuerbetrüger»

**Das Steuerabkommen mit Deutschland ist am Nein der deutschen Länderkammer, also der Regierungen der deutschen Bundesländer gescheitert.**

Das Scheitern des Steuerabkommens, das den Deutschen eine zweistellige Milliarden-Zuwendung beschert hätte, veranlasst die hiesige Linke zu neuen Anklagen: Jeder Deutsche mit Vermögensanlagen hier sei bei den deutschen Behörden als **potentieller Betrüger anzu-schwärzen**. Auch jene, die ihr sauer erworbenes, aber dem gefräßigen deutschen Fiskus entzogenes Vermögen bislang ehrlich und redlich versteuert haben. Per **Datenklau** will Deutschland diese «Flüchtlinge» vor den Richter schleppen.

### Wer ist Betrüger?

Wer sind denn eigentlich die wahren Betrüger im laufenden Euro-Drama? Und wer sind die Betroffenen?

Der **Euro** wurde **über die Köpfe aller Steuerzahler hinweg** regelrecht erzwängt. Berlin wusste genau: Hätte man das Volk befragt, wäre der Euro nie entstanden.

Dem Misstrauen der Steuerzahler wurde begegnet durch vertraglich feierlich vereinbarte **«Stabilitätskriterien»**: Danach war die Euro-Teilnahme nur solchen Staaten gestattet, deren jährliches Defizit drei Prozent, deren gesamte Staatsschuld sechzig Prozent des nationalen Bruttoinlandsprodukts nie überschreiten würde.

Eine Stabilitätsgarantie an die Steuerzahler, die, bevor die Tinte unter dem Vertrag getrocknet war, sofort **gebrochen** wurde. Weder wurden die überschuldeten Euro-Südstaaten abgehalten noch wurden die massiven Defizit-Überschreitungen Frankreichs und Deutschlands geahndet. Die **Steuerzahler** wurden durch die Vertragsbrecher **aufs Schändlichste betrogen** – und vertragsbrüchig mit massiv höheren Steuerlasten «beglückt». Die **Betrüger** – EU-Funktionäre und Staatschefs der Euro-Länder – lebten derweil **in Saus und Braus**, zumeist auch von Steuern befreit.

### Wiederholter Vertragsbruch

Im **Maastricht-Vertrag** wurden weitere Garantien vertraglich festgeschrieben: Kein Staat werde je leichtfertig eingegangene Verschuldung auf einen andern Euro-Staat übertragen können. Jegliche «Vergemeinschaftung» von Schulden wurde ausdrücklich verboten. Das sollte insbesondere die **deutschen Steuerzahler** beruhigen: Es wäre vertragswidrig, die Deutschen für die Schulden anderer bezahlen zu lassen.

Aber auch diese Verträge wurden **gebrochen**, die Steuerzahler erneut aufs Übelste betrogen: Vertragsbrecher sind Brüssels Funktionäre und die Staatschefs der Euro-Länder. Trotz des kriminellen Vertragsbruchs kamen sie aber nicht ins Gefängnis. Es sind die Betrogenen, die Steuerzahler, die unter den ihnen vertragswidrig aufgezungenen Lasten ächzen. Die Betrüger aber massen sich an, die masslos Abgezockten und schnöde Betrogenen jetzt noch als «Steuerbetrüger» zu diffamieren. Die **Kriminellen** erklären sich zu **Strafverfolgern**. Die **Betrogenen** werden als **Kriminelle** belangt.

### Mit Geldentwertung zur «Entschuldung»

Jetzt setzen die Vertragsbrecher gar noch auf **Inflation**: Jährlich sechs Prozent seien anvisiert, erklären die selbstherrlichen Euro-Funktionäre. Sechs Prozent Inflation: Das bedeutet **Vermögenshalbierung, Lohnhalbierung, Halbierung der Rentenansprüche** innert nur gerade zwölf Jahren! Raub von Eigentum, damit die Vertragsbrecher die von ihnen verursachten Schulden beseitigen können.

Die **Euro-Strategen** entpuppen sich als die **ruchlosesten Demokratiezerstörer** in Europa seit dem Untergang des braunen und des roten Totalitarismus.

Ulrich Schlüer